

DIE LINKE.Halle

Leitergasse 4, 06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 25 59 0

Telefax 0345 / 20 25 58 4

info@dielinke-halle.de

www.dielinke-halle.de

Saalesparkasse

IBAN: DE44 8005 3762 0382 3225 18

BIC: NOLADE21HAL

DIE LINKE.Halle • Leitergasse 4 • 06108 Halle/ Saale

Halle (Saale), 16.09.2020

## Einladung zur Gesamtmitgliederversammlung am 26. September 2020

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie angekündigt wollen wir am Samstag, den **26. September ab 9:30 Uhr** unsere Kandidat\*innen für die Landtagswahl wählen. Bitte beachtet unseren geänderten Veranstaltungsort: **Steintor-Variété** (Am Steintor 10, 06112 Halle /Saale).

Neben den **Direktkandidat\*innen für die Landtagswahl** werden wir auch unseren **Listenvorschlag für die Landesliste** abstimmen. Ebenso ist es notwendig, unsere **16 Delegierten für die Landesparteitage 2021/22** und unsere **16 Vertreter\*innen für die Vertreter\*innenversammlung** zur Aufstellung der Landesliste (Ende Januar) zu wählen. Des Weiteren wollen wir unseren Leitantrag „Weil es sein muss: Linke Mehrheiten in Stadt und Land organisieren“ zur Landtagswahl 2021 beschließen.

In den Unterlagen findet ihr den Entwurf der Tagesordnung und der Geschäftsordnung, die Bewerbungsbögen der bisher bekannten Kandidat\*innen und den Leitantrag des Stadtvorstandes.

Unsere Veranstaltung findet unter den Auflagen der 7. Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus (SARS-CoV-2) in Sachsen-Anhalt statt.  
**Bitte denkt an Euren Mund-Nasen-Schutz.**

Mit solidarischen Grüßen

Anja Krimmling-Schoeffler, Jan Röttschke

**Wer ist bereit** in einer der folgenden Kommissionen mitzuwirken oder für die Landesparteitage bzw. Vertreter\*innenversammlung zu kandidieren?

Mandatsprüfungskommission

Antragskommission

Wahlkommission

**Bitte eine kurze Info** an [info@dielinke-halle.de](mailto:info@dielinke-halle.de) oder 0345/2025590

## **Vorschlag zur Tagesordnung der Gesamtmitgliederversammlung der Partei DIE LINKE Halle am 26. September 2020**

- 09:00 bis 09:30 Uhr Ankommen und Anmeldung
- 09:30 Uhr Begrüßung und Beschluss der TO
- 09:35 Uhr Konstituierung (Versammlungsleiter, Schriftführer; Vertrauensperson; stellvertretende Vertrauensperson; Präsidium; Wahlkommission; Mandatsprüfungskommission)
- 09:40 Uhr Beschluss der Geschäftsordnung
- 09:45 Uhr Vorstellung der Kandidat\*innen für die Direktmandate in Halle
- 11:00 Uhr Wahlgang
- 11:30 Uhr Vorstellung der Kandidat\*innen für die Landesliste zur Landtagswahl 2021
- 12:15 Uhr Abstimmung Listenvorschläge für die Landtagswahl 2021
- 12:45 Uhr Mittagspause
- 13:30 Uhr Einbringung des Leitantrages zur Landtagswahl 2021 durch die Stadtvorsitzenden
- 13:40 Uhr Diskussion Leitantrag
- 14:10 Uhr Abstimmung Leitantrag
- 14:15 Uhr Vorstellung Delegierte Landesparteitag (8+8)
- 15:00 Uhr Wahl Delegierte Landesparteitag
- 15:25 Uhr Vorstellung Vertreter\*innen (8+8)
- 15:55 Uhr Wahl Vertreter\*innen
- 16:35 Uhr Ende Parteitag

## **Entwurf der Geschäftsordnung der Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes der Partei DIE LINKE Halle**

1. Die Gesamtmitgliederversammlung wählt als Arbeitsgremien die Tagungsleitung, die Mandatsprüfungskommission, die Wahlkommission und die Antragskommission im Block, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch erhoben wird, in offener Abstimmung.
2. Die Gesamtmitgliederversammlung wird durch die von ihr gewählte Tagungsleitung geleitet.
3. Der Ablauf der Gesamtmitgliederversammlung erfolgt entsprechend der von ihr beschlossenen Tages-ordnung.
4. Alle angemeldeten Mitglieder des Stadtverbandes haben Stimmrecht, sofern die Satzung oder Gesetzeslage nichts anderes bestimmt. Die in Halle organisierten Mitglieder des Jugend- und Studierenden-verbandes haben Stimmrecht sowie das aktive Wahlrecht.
5. Wahlen werden auf Grundlage der vom Bundesparteitag beschlossenen Wahlordnung durchgeführt und von der Wahlkommission geleitet.
6. Rederecht haben alle Mitglieder der Partei DIE LINKE, Gästen kann auf Antrag durch Abstimmung der Gesamtmitgliederversammlung Rederecht eingeräumt werden. Wortmeldungen sind der Tagungsleitung anzuzeigen. Die Reihenfolge der RednerInnen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Die

Redezeit beträgt 5 Minuten. Längere Redezeiten sind vor Beginn der Rede zu beantragen und durch die Gesamtmitgliederversammlung zu bestätigen. Die Mitglieder haben das Recht, Anfragen an die DiskussionsrednerInnen zu stellen. Die Tagungsleitung kann die Anzahl der Anfragen an DiskussionsrednerInnen begrenzen.

7. Anträge an die Gesamtmitgliederversammlung sollen schriftlich eingereicht werden. Mündlich formulierte Anträge sind vom Antragsteller gemeinsam mit der Antragskommission schriftlich auszufertigen. Anträge, die nach Antragsschluss gestellt werden, sind schriftlich einzureichen und erfordern, wenn sie zur Beratung im Plenum kommen sollen, die Unterschrift von mindestens 5 der anwesenden Mitglieder. Antragsschluss ist um 12.00 Uhr.

8. Zur Begründung selbständiger Anträge erhalten zunächst die AntragstellerInnen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt 5 Minuten. Es erhält jeweils ein/e Redner/in dafür und ein/e Redner/in dagegen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt 2 Minuten.

9. Die Gesamtmitgliederversammlung kann mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.

10. Die Abstimmung über Anträge und Änderungsanträge zu diesen, erfolgt im Komplex mit dem Bericht der Antragskommission, falls die Gesamtmitgliederversammlung nichts anderes beschließt.

11. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich und außerhalb der Reihenfolge der eingereichten DiskussionsrednerInnen gestellt werden. Vor der Abstimmung darüber erhält ein/e Redner/in dafür und ein/e Redner/in dagegen das Wort. Die Redezeit beträgt für Antragsteller/in sowie Für- und Gegenredner/in jeweils maximal 2 Minuten. Bei laufender Abstimmung können Anträge zur Geschäftsordnung nicht gestellt werden.

12. Beschlüsse werden durch die Gesamtmitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst, wenn kein anders lautender Antrag zum Abstimmungsverfahren gestellt wird und sofern die Satzung nichts anderes bestimmt. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die Abstimmung erfolgt durch Erheben der Stimmkarte.

13. Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden Frauen ein Frauenplenum der Gesamtmitgliederversammlung in offener Abstimmung einberufen werden. Beschlüsse des Frauenplenums haben Veto-Charakter, sie können nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit aller anwesenden Mitglieder zurückgewiesen werden. Das Frauenplenum ist Bestandteil der Verhandlungen der Gesamtmitgliederversammlung, für die Tagungsmodalitäten macht die Tagungsleitung Vorschläge.

14. Persönliche Erklärungen der anwesenden Mitglieder können nach Beendigung des jeweiligen Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Die Redezeit beträgt maximal 2 Minuten.

15. Die Sitzungen der Gesamtmitgliederversammlung sind öffentlich. Über die Durchführung geschlossener Sitzungen beschließt die Gesamtmitgliederversammlung auf Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder.

16. Funktelefone sind im Beratungsraum stumm zu schalten.

17. Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung sind mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder möglich.

## **Leitantrag: Weil es sein muss: Linke Mehrheiten in Stadt und Land organisieren**

### **1. Ausgangslage**

Die vergangenen vier Jahre haben den Bürger\*innen auch in Halle eindringlich vor Augen geführt, wie schlecht die KENIA-Koalition als ein rein aus der Not geschmiedetes Bündnis für ihre Interessen funktioniert. Die Bildungspolitik im Land ist eine Katastrophe und führt auch in Halle zu massiven Unterrichtsausfällen. Aus dem Finanzministerium wurden massive Kürzungen angekündigt, die auch die Martin-Luther-Universität treffen werden. Seit Jahren spielt soziale Gerechtigkeit keine Rolle, was zu einer erschreckenden Armut in Sachsen-Anhalt führt, die auch in Halle insbesondere Kinder trifft. Auch wirtschaftspolitisch hat KENIA es nicht geschafft, die grassierende Niedriglohnbranche in Sachsen-Anhalt zu transformieren. Der Klimawandel spielt vor allem eine Rolle in Sonntagsreden, aber eine halbwegs angemessene Reaktion auf Dürren auf den Feldern und Waldsterben im Harz ist nicht zu erkennen. Während die "Corona-Krise" noch längst nicht ausgestanden ist, gelingt es nicht einmal kommunale Krankenhäuser vor der Schließung zu bewahren. Innenpolitisch ist man nicht in der Lage, bedrohte Menschen vor rechtsextremen Hass zu schützen und auf die faschistischen Strukturen und Verbrechen in diesem Land angemessen zu reagieren. Insbesondere der antisemitische, rassistische und antifeministische Anschlag vom 9. Oktober 2019 und der Umgang mit ihm hat berechtigte Kritik an der Landesregierung aufgeworfen, auf die Justiz- und Innenministerium bis heute nicht reagiert haben.

Als DIE LINKE Halle klagen wir dieses politische Versagen in vielfacher Hinsicht an und wollen deutlich machen, dass diese Politik keineswegs ausweglos ist. Vielmehr ist sie das Ergebnis von Entscheidungen der politisch Verantwortlichen in Sachsen-Anhalt. Die CDU hat sich aktiv dazu entschieden, einen Innenminister aufzustellen, der gegenüber rechtsextremer Gewalt untätig bleibt. Sie wollte einen Bildungsminister, der es wagt, sich von einem seit langem offenkundigen Lehrermangel überrascht zu zeigen. Die CDU hält zu einem Finanzminister, der sogar in Corona-Zeiten von Kürzungen überzeugt ist und keinen Finger für die finanzschwachen Kommunen rührt, die ihre freiwilligen sozialen und kulturellen Leistungen zusammenstreichen müssen. Die Konservativen blockieren aus ihrer eigenen Überzeugung heraus jede positive Entwicklung in Sachsen-Anhalt. Allerdings sind sie nicht alleine an der Regierung: Zwar gab es 2016 für Rot-Rot-Grün keine parlamentarische Mehrheit, trotzdem wird man in einer Koalition zu nichts gezwungen, vielmehr wird verhandelt. SPD und GRÜNE ruhen sich allzu oft darauf aus, dass sie sich in scheinbar bedingungsloser Koalitionsdisziplin den Wünschen der immer rechtslastigeren CDU fügen müssten, die teilweise weit über den Koalitionsvertrag hinausgehen. Das stimmt allerdings nicht: Eine Koalition ersetzt keinen produktiven Streit um die richtige Politik, der auch mal Konsequenzen haben muss. Es ist den Partner\*innen nur zur Gewohnheit geworden, auf den jeweils widerstrebenden Part zu verweisen.

### **2. Ziele für 2021: LINKEs Signal aus Halle**

Die Ziele der LINKEN in Halle und in Sachsen-Anhalt sind damit klar umrissen: Das Ende der KENIA-Koalition und die Wahl einer linken Mehrheit im Landtag mit einer Rot-Rot-Grünen Regierung als Zukunftsprojekt für einen starken Sozialstaat, einer ökologischen Transformation, einer solidarischen Gesundheitsversorgung und einem antifaschistischen Grundkonsens gegen jede Form von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Homophobie. Dazu muss DIE LINKE in Sachsen-Anhalt möglichst viele Stimmen für ein klares linkes Programm gewinnen und insbesondere stärker als die faschistische AfD werden. Wir freuen uns auf einen harten Wahlkampf, in dem DIE LINKE als einzige demokratische Opposition im Landtag mit harter Kritik an allen Regierungsparteien nicht sparen darf. Trotzdem muss klar sein, dass wir linke Mehrheiten

brauchen und dazu SPD und GRÜNE nach der Wahl verpflichtet müssen, ihre progressiven Aussagen mit uns gemeinsam endlich zu verwirklichen. Die gemeinsame Kandidatur zur Oberbürgermeisterwahl 2019 hat schon einen ersten Eindruck davon vermittelt, was möglich ist. Zwar konnte sich der parteilose Amtsinhaber behaupten - der Kandidat von CDU und FDP konnte trotzdem klar auf den dritten Platz verwiesen werden. Wir sind überzeugt davon, dass wir in enger Abstimmung mit der Landespartei dazu einen Beitrag leisten können und das Landtagswahlergebnis aus Halle ein starkes Zeichen für eine fortschrittliche Umwälzung in Politik und Gesellschaft geben wird. Wir wollen mit dem Ergebnis in Halle ein starkes linkes Signal setzen!

### **3. DIE LINKE Halle vor dem "Superwahljahr" 2021**

Wir stehen gemeinsam mal wieder vor einem "Superwahljahr", da 2021 nicht nur der Landtag im Juni, sondern im September auch der Bundestag neu gewählt wird. Das erfordert von uns einen realistischen Blick auf unser Potential und auf die Punkte, die wir noch verbessern müssen. Als DIE LINKE Halle sind wir in der Stadt gut aufgestellt. Unsere drei Landtagsabgeordneten legen beständig den Finger in die Wunde der gescheiterten Landespolitik und machen deutlich, dass unser Programm nicht nur umsetzbar, sondern dringend notwendig ist. Viele unserer Mitglieder sind aktiv in politischen Initiativen, Verbänden und Vereinen und damit gut in der Stadtgesellschaft verankert. Sie übernehmen Verantwortung in Betriebsräten und Studierendenschaften. Sie gehen gegen rechtsextreme Hetze auf die Straße und bilden sich politisch weiter. Insbesondere in der Corona-Zeit haben sie große Solidarität gezeigt und gemeinsam mit sympathisierenden Bürger\*innen für verschiedene soziale Einrichtungen gespendet. Mit ihnen können wir glaubwürdig für eine linke Politik streiten. Als Partei konnten wir deshalb im Jahr 2020 nicht nur die erwähnte Corona-Spendenkampagne, sondern auch die Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren gegen den Lehrermangel im Zuge der Kampagne "Den Mangel beenden" aktiv voranbringen. Gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, den Verbänden der Lehrer\*innen und pädagogischen Mitarbeiter\*innen, dem Stadtälternrat und dem Stadtschülerrat konnten wir so ein starkes Zeichen gegen die KENIA-Bildungspolitik setzen und deutlich machen, dass viele Menschen sich diese katastrophale Politik nicht länger gefallen lassen und sich dagegen organisieren wollen.

Auf diesen Erfahrungen wollen wir aufbauen, unser Ergebnis von 2016 klar steigern und damit zur stärksten Kraft in Halle werden. Zuversichtlich stimmt uns dabei das Ergebnis der Kommunalwahl vom letzten Jahr, aus der DIE LINKE als Erstplatzierte hervorgegangen ist. Wir wissen trotzdem, dass es im Land und in der Stadt schwer werden wird. Die "Corona-Krise" hat der Regierung verstärkt Möglichkeiten gegeben, sich selbst zu inszenieren, während die extreme Rechte gegen die Maßnahmen mobilisiert. Diese Situation lässt die Kritik der LINKEN an der Regierungspolitik und der verschwörungsideologischen Ignoranz oftmals unbeachtet. Außerdem wird das rot-rot-grüne Zukunftsprojekt von einer breiten reaktionären Vereinigung bereits zum Feindbild erklärt, weil es eine reale Machtoption für menschenfreundliche, realistische und bessere Politik bietet. Es ist ein Skandal, dass rechtsextreme Drohungen, Störversuche bis hin zu Angriffen, die wir bereits im letzten Kommunalwahlkampf erleben mussten, mitgedacht werden müssen. Zu einem solidarischen, linken und lauten Wahlkampf gibt es aber auch deshalb keine Alternative. Nur eine starke politische und parlamentarische Linke kann etwas an den Zuständen ändern und die Lebenssituation der Menschen in Sachsen-Anhalt endlich verbessern! Dafür brauchen wir im "Superwahljahr" 2021 unsere ganze Kraft und Zuversicht, dass ein Wechsel möglich ist. Und er ist möglich: Unsere Wahlkämpfer\*innen haben schon in diesem Jahr mit dem Volksbegehren Großes geleistet und etliche Menschen haben erkannt, dass ihre Interessen links sind und DIE LINKE ihre Interessen vertritt.

Wir kämpfen im Juni 2021 für linke Mehrheiten in Stadt und Land, weil es einfach sein muss!

# Bewerbung als Direktkandidierender im Wahlkreis 35 und als Kandidierender für die Landesliste zur Landtagswahl am 06.06.2021

Wahlkreis: 35

Vorname, Name: Hendrik Lange

geboren am: 20.01.1977

Mitglied DIE LINKE Ja

Beruf/ Tätigkeit Dipl. Biologe, Mitglied des Landtags



## Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bewerbe mich um die Direktkandidatur im Wahlkreis 35 sowie für die Landesliste.

Ursprünglich aus Quedlinburg kommend lebe ich seit 1996 in Halle-Neustadt. 2005 Habe ich mein Studium erfolgreich abgeschlossen. Seit 2006 bin ich Landtagsabgeordneter und für Hochschule- und Wissenschaft, Umweltpolitik sowie Netzpolitik zuständig. Seit 2004 bin ich Stadtrat und stellv. Fraktionsvorsitzender; 2014-2019 Stadtratsvorsitzender; 2019 OB-Kandidat.

In dieser Landtagswahl entscheidet sich, ob wir die CDU als Regierungspartei ablösen und eine progressive Politik umsetzen, oder ob die schwarze Bremse weiterhin ihren Mehltau über das Land verbreitet. Es droht sogar eine Beteiligung der faschistischen AfD.

Ich möchte meine Erfahrung und mein Fachwissen dafür einsetzen, das der Politikwechsel im Land gelingt. Wie keine andere Partei verbindet DIE LINKE den notwendigen ökologischen Umbau mit sozialen Antworten. Soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit sind 2 Seiten ein und derselben Medaille. Als Umweltsprecher der Landtagsfraktion habe ich das immer wieder deutlich gemacht. Zudem setze ich mich gegen den Wildwuchs an Mülldeponien und für die Menschen ein, denen der Müll buchstäblich zum Himmel stinkt – wie in Angersdorf.

Das Thema Digitalisierung hat DIE LINKE immer wieder in den Landtag getragen und Fehlentwicklungen deutlich gemacht. Die Corona-Krise zeigt die verheerenden Lücken, sei es im Schulalltag oder die Netzanbindung an sich. Zudem haben wir Freifunkinitiativen unterstützt und die totale Auslieferung der Schulen an Microsoft verhindert.

Mein Steckenpferd ist und bleibt die Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Ich möchte weiterhin meinen Beitrag dafür leisten, dass dieses landesbedeutsame Thema stark in der Linken verankert bleibt, und dass Menschen gute Vorschläge mit der Linken verbinden. Die Bewältigung der Klimakrise, der Coronakrise und das Gelingen des sozial-ökologischen Umbaus verlangen die Erkenntnisse der Wissenschaft. Die Hochschulen müssen zudem so attraktiv sein, dass junge Menschen nach Sachsen-Anhalt kommen möchten. Dazu gehört auch eine gesicherte Arbeitsperspektive in der Wissenschaft.

# Bewerbung als Direktkandidierende\*r in den Wahlkreisen 35 - 38 und/oder als Kandidierende\*r für die Landesliste zur Landtagswahl am 06.06.2021

Wahlkreis: Landesliste

Vorname, Name: Elisabeth Nagel

geboren am: 11.03.1966

Mitglied DIE LINKE Ja

Beruf/ Tätigkeit Beraterin im Bereich Ausbildungsmarkt in der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit



## Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

Parteimitglied seit 2000

Stadträtin von 2004 bis 2019

Ich widme mich seit etwa 2009 verstärkt dem Thema der „Wirtschaftsförderung“, wozu auch die Vermarktung bzw. Nutzung von Flächen der Stadt Halle gehören.

Bauinvestitionen, Wirtschaftsansiedlung, Wohnen, Verkehr, Landwirtschaft, Freiräume, Grünflächen und Erholung- all das soll auf den begrenzten Flächen der Stadt stattfinden. Und weil der Stadt einfach Grenzen gesetzt sind, muss das in größerem Rahmen gedacht, diskutiert, umgesetzt werden. Landesentwicklung muss kleine Gemeinden und große Städte gleichermaßen berücksichtigen und ein Landesentwicklungsplan ist mehr als nur Planung.

Lösungen sind im Ausgleich von Interessen zu finden. Dafür trete ich an.



# Bewerbung als Direktkandidierende\*r in den Wahlkreisen 35 - 38 und/oder als Kandidierende\*r für die Landesliste zur Landtagswahl am 06.06.2021

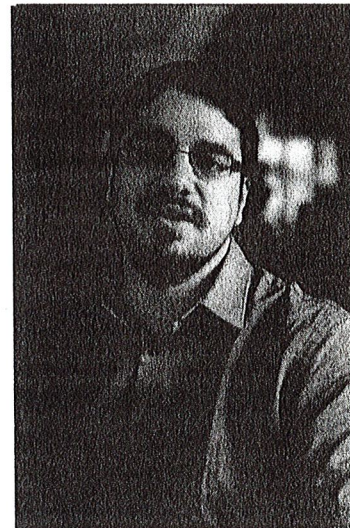
Wahlkreis: 36 und Landesliste

Vorname, Name: Dirk Gernhardt

geboren am: 29.05.1985

Mitglied DIE LINKE Ja / -Nein

Beruf/ Tätigkeit Wahlkreismitarbeiter bei Petra Sitte



Liebe Genossinnen und Genossen,  
ich bewerbe mich bei euch für den Landtag. Nächstes Jahr stehen wir vor großen Herausforderungen. Auf Landesebene müssen wir den Stillstand von Schwarz-Rot-Grün beenden und gleichzeitig das Gespenst einer Schwarz-Blauen Koalition bekämpfen. Das geht nur mit einer starken LINKEN, die ein progressives Bündnis im Land anführt.

Ich möchte gern an diesem Bündnis mitwirken und Ideen dafür entwickeln, wie wir Sachsen-Anhalt in den nächsten fünf Jahren voranbringen können.

In den letzten Jahren wird immer deutlicher, welche dramatischen Auswirkungen die Klimaveränderungen auch für Sachsen-Anhalt haben, wir befinden uns im dritten Dürrejahr in Folge. Für mich bedeutet das, dass wir über die Art, wie wir leben wollen, neu verhandeln müssen. Zum einen brauchen wir eine Anpassung an die klimatischen Veränderungen und zum anderen Schritte hin zu einem klimagerechten und -neutralen Sachsen-Anhalt. Das wird nur über eine Energie- und Verkehrswende gehen, die wir mit unseren sozialpolitischen Grundsätzen verbinden müssen, um den Menschen in diesem Land Perspektiven zu geben, um neue, gute Jobs zu schaffen und die Mobilität für alle zu verbessern.

Öffentlicher Nahverkehr wird in den Städten aber immer teurer und voller, im ländlichen Raum ist er kaum noch vorhanden bzw. nicht so, dass er für die normal arbeitende, aber auch für die ältere Bevölkerung sinnvoll nutzbar ist.

Auch das sind Entwicklungen einer 18jährigen CDU-Landesregierung, der wir dringend einen Ausbau des ÖPNV – mit gleichzeitig günstigeren Ticketpreisen – entgegensetzen müssen.

In diesen zwei Jahrzehnten ist auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Sachsen-Anhalt nur minimal gesunken, während mit dem Kohlekompromiss die Braunkohle-verstromung auf weitere Jahrzehnte festgeschrieben wurde, statt sinnvolle Alternativen für die Kohlekumpel zu suchen und langfristig Jobs in den betroffenen Regionen zu sichern. Dafür benötigen wir z.B. eine dezentrale Energieerzeugung in Bürgerhand statt Großkraftwerke. In diesen Bereichen – Verkehr, Landesentwicklung und Energie – will ich Ideen einbringen, um das Leben im ländlichen Raum attraktiv zu gestalten und die Städte weiterzuentwickeln.

## Biografie

2004 bin ich für mein Studium, das ich 2011 abschloss, nach Halle gekommen.

Seit 2011 arbeite ich im Wahlkreisbüro von Petra Sitte.

Seit 2009 bin ich in der LINKEN aktiv und habe unter anderem die Linksjugend in Halle (2010) und den Ortsverband Mitte (2014) mitgegründet, bei dem ich Mitglied im Sprecher\*innenrat bin. Seit 2017 bin ich stellvertretender Stadtvorsitzender und war daneben in verschiedenen Bündnisstrukturen aktiv (Bündnis Halle gegen rechts, Seebrücke Halle)

# Bewerbung als Direktkandidierende\*r in den Wahlkreisen 35 - 38 und/oder als Kandidierende\*r für die Landesliste zur Landtagswahl am 06.06.2021

Wahlkreis: bevorzugt 37

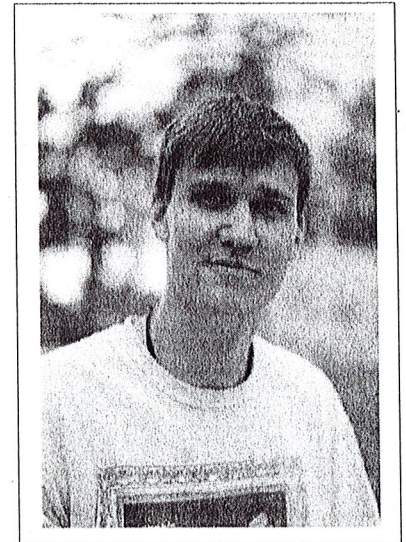
Name: Gaßmann, Till

geboren am: 26.02.1996

Mitglied DIE LINKE

Ja (seit 01.05.2016)

Beruf: Student, Studienbotschafter der MLU (Erziehungswissenschaft)



## Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

- geboren und aufgewachsen in Duisburg/Moers, für das Studium 2014 nach Halle gekommen
- Teil der Kampagne @wirklichweiterkommen der Landeshochschulen, sowie der @generationengrenzenlos der Hertie Stiftung (private Unterstützung gerne unter @stubo\_till)
- Auszeichnungen: Freistil Jugend-Engagementpreis 2016, Reinhard Höppner Engagementpreis 2018, Politik sagt Danke 2018, Ehrenamtskarte der Stadt Halle 2019
- seit 2015 in verschiedenen sozialen Projekten ehrenamtlich engagiert:
  - > 10/2015-02/2017: Tandempartner und Orga-Mitglied des AK Refugees Welcome der Uni Halle
  - > 02/2016-01/2020: Mentor und langjähriger Vorsitzender der studentischen Bildungsinitiative Rock Your Life Halle e.V. (@rockyourlifehalle)
  - > 03/2018-01/2020: Gründung und Leitung des Projektes „Politik lieben lernen!“
  - > 04/2018-10/2019: Mitglied RYL-Standortrat, Interessensvertretung der Vereine im Cluster Ost
  - > seit 10/2019: Gründer und Leiter des UNICEF JuniorTeam Halle (@unicefjuniorteamhalle)

Meine politischen Schwerpunkte und Ziele leiten sich aus meinem hier dargestellten Engagement ab. So möchte ich grundlegend neue Konzepte zu den Themen Integration, politische Bildung, dem Schulsystem und Kinder- und Jugendbeteiligung entwickeln, fördern und ausbauen. Die aktuelle Situation und die Entwicklungen in den letzten Jahren in Sachsen-Anhalt zeigen erhebliche Defizite, die sich gerade durch Sparmaßnahmen, einer veralteten Verwaltung und Strukturen auszeichnet. Die Lehrpläne müssen thematisch aktualisiert werden (z.B. Umgang mit digitalen Medien, Ernährung und Nachhaltigkeit), Schulsozialarbeit ausgebaut und der Lehrermangel weiter bekämpft werden, wobei vorübergehend dringend der Quereinstieg ermöglicht werden muss, um die Last abzufedern. Darüber hinaus darf politische Partizipation, nachhaltiges Leben und Engagement nicht mehr rein Privileg postmaterialistischer Akademiker sein. Wir müssen uns dafür dringend stark machen, dass sozial schwache Menschen davon nicht mehr ausgeschlossen werden und neue Wege dafür finden. Eine gesunde Gesellschaft ist nur eine solche in der jeder WIRKLICH aktiv teilhaben kann! Das gilt auch für Migranten, sozial Abgehängte und Kinder/Jugendliche!

# Bewerbung als Direktkandidierende\*r in den Wahlkreisen 35 - 38 und/oder als Kandidierende\*r für die Landesliste zur Landtagswahl am 06.06.2021

Wahlkreis:

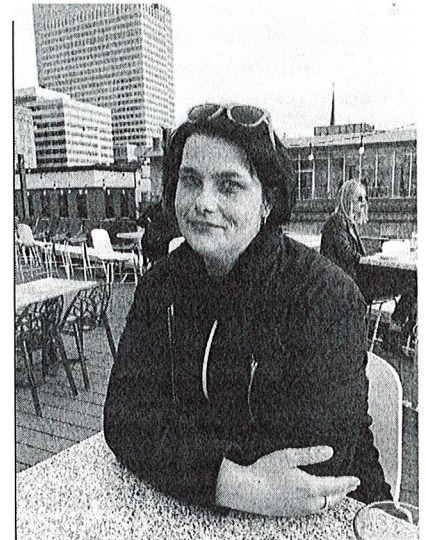
**37 (Halle III)**

Vorname, Name: **Henriette Quade**

geboren am: **08.05.1984**

Mitglied DIE LINKE Ja

Beruf/ Tätigkeit **Mitglied des Landtages**



## Kurzvorstellung

Liebe Genossinnen und Genossen,

antifaschistische Politik innerhalb und außerhalb der Parlamente kennt unterschiedlichste Formen. Erfolgreich ist sie, wo sich Menschen vernetzen und den Kampf gegen die extreme Rechte und für eine solidarische Gesellschaft gemeinsam führen. Und das ist nötiger denn je, denn rechter Terror, rechte Gewalt und das immer weitere Vordringen der extremen Rechten in die Gesellschaft, in wichtige Positionen in dieser und dem politischen Betrieb können wir weder hinnehmen, noch alleine aufhalten. Der Kampf gegen die extreme Rechte ist eine der größten gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen, vor denen wir stehen. Antifaschistische Politik im Parlament muss daher ganz konkrete Schritte, insbesondere in der Innenpolitik entwickeln und einfordern. Denn seit Jahren liegt offen, dass an vielen Stellen – ob bei der Polizei, den Geheimdiensten oder in der Verwaltung – dringender Handlungsbedarf besteht. Doch die Landesregierung unternimmt oftmals nicht mal die ersten Schritte, das offensichtlich Notwendige zu tun, geschweige denn darüber hinaus Konzepte zu erarbeiten und umzusetzen. Stattdessen könnte die nach rechts offene CDU in Sachsen-Anhalt die erste Koalition in einem Bundesland mit der AfD eingehen, die sich nicht nur nicht entzaubert hat, sondern sich verfestigt hat als parlamentarischer Arm des Rechtsterrorismus. Antifaschistische Zivilgesellschaft stärken, Betroffene schützen, Strafverfolgung intensivieren – so lässt sich unser Forderungskatalog zusammenfassen. Dazu wären viele Einzelmaßnahmen, wie z.B. konsequentere Ahndung rechter und rassistischer Straftaten, die Absicherung der Arbeit der Beratungsstellen gegen Nazis, die konsequente Entwaffnung von Neonazis und viele andere notwendig. Was aber auch klar ist: Rechte Hetze und antisemitische und rassistische Terroranschläge kommen nicht aus heiterem Himmel. Das Erstarken der extremen Rechten ist Ergebnis und Teil eines Rechtsruckes bisher nicht gekanntem Ausmaßes. Ohne ein Ende des Rechtsruckes wird keine sicherheitspolitische Maßnahme Wirkung gegen sie entfalten können.

Wir müssen für eine Gesellschaft und eine Politik kämpfen, welche die Voraussetzungen schafft, dass staatliche Stellen nicht wegsehen. Die Aufklärung und Zerschlagung rechter Netzwerke in Polizei und Sicherheitsbehörden, die Auflösung des die rechte Szene stützenden Verfassungsschutzes und ein Ende der Übernahme rassistischer und rechtsextremer Erzählungen durch staatliche Stellen sind zwingende Voraussetzung dafür. Wir haben hier viele gute und richtige Vorschläge, wir haben Konzepte und klare Überzeugungen und wir wissen genau, dass es anders geht als es jetzt ist.<sup>1</sup> Gerade in Halle zeigt sich immer wieder, dass wir gemeinsam erfolgreich sein können gegen die extreme Rechte – dass es das Haus der „Identitären“ nicht mehr gibt ist ein solcher Erfolg der zeigt, dass sich der politische Kampf lohnt.

Aufgabe antifaschistischer und linker Politik im Parlament ist es, sich an die Seite der Betroffenen zu stellen, sich mit Aktivist\_innen zu solidarisieren, für Aufklärung zu sorgen, staatliche Stellen immer und immer wieder darauf zu stoßen, was ihre Aufgaben im demokratischen Rechtsstaat sind – nämlich nicht wegzusehen, nicht zu verharmlosen, wenn es um rechten Terror und rechte Gewalt geht und vor allem: Handeln um sie zu verhindern.

Antifaschistische Politik ist also kein Abarbeiten am politischen Gegner, sondern ureigenstes linkes Anliegen und unsere Aufgabe. Sie ist nötiger denn je. Denn verlieren wir den Kampf gegen die extreme Rechte, verlieren wir alle Kämpfe und alle Spielräume für andere Auseinandersetzungen, die wir ebenso führen müssen. Die extreme Rechte will die Gesellschaft zerstören und zur Volksgemeinschaft umbauen, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz wären in dieser Gemeinschaft nicht mehr zu erstreiten.

SPD und GRÜNE sind in der sogenannten Kenia-Koalition nur noch damit beschäftigt, den nächsten Schritt nach rechts der CDU zu bremsen. Gerade im Wahlkreis 37 müssen wir klar machen, dass DIE LINKE für die reale Option streitet, die Schnittmengen von LINKE, SPD und GRÜNE zu nutzen für eine andere Politik, abseits einer Regierungsbeteiligung der CDU. Wir müssen für eine linke Alternative zum Stillstand und der Aussichtslosigkeit kämpfen, an die sich SPD und GRÜNE gewöhnt haben. Die Liste (nicht nur) der innenpolitischen Aufgaben ist lang – Aufklärung im Fall Oury Jalloh, unabhängige Polizeibeschwerdestelle, Umsetzung der Empfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse, kritische Überprüfung des Umgangs mit rechten Straftaten im Land, Stärkung des Datenschutzbeauftragten ... Das zeigt aber nicht nur was zu tun ist, sondern auch was machbar wäre.

Zu meiner Person: Ich bin 36 Jahre alt, verheiratet und Mutter eines Kindes. Mein politisches Engagement begann sehr früh – mittlerweile bin ich seit 20 Jahren Mitglied unserer Partei. Thematisch zieht sich die Beschäftigung mit der extremen Rechten durch meine politische Biografie. Viele Jahre war ich Mitglied des Stadtvorstandes Halle und stellvertretende Landesvorsitzende und habe in diesen Funktionen und in verschiedenen Bündnissen außerparlamentarische Politik mitgestaltet. Seit 2011 gehöre ich der Landtagsfraktion an und bearbeite dort die Themen Migrationspolitik, Strategien gegen Rechts und seit 2016 Innenpolitik. Gegenwärtig bin ich Arbeitskreisleiterin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende und arbeite im Innenausschuss, Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung, 16. Untersuchungsausschuss (Wahlfälschung Stendal) und 19. Untersuchungsausschuss (Terroranschlag Halle) sowie der Enquetekommission „Linksextremismus“. Seit 2019 gehöre ich dem Vorstand von Miteinander e.V. an.

---

<sup>1</sup> Detailliert dazu siehe Positionspapier Fight back! ! [https://www.dielinke-fraktion-lsa.de/fileadmin/PDF/sonstige\\_pdf/Positionspapier\\_Fight\\_back\\_.pdf](https://www.dielinke-fraktion-lsa.de/fileadmin/PDF/sonstige_pdf/Positionspapier_Fight_back_.pdf)

# Bewerbung als Direktkandidierende\* r in den Wahlkreisen 35 - 38 und/oder als Kandidierende\* r für die Landesliste zur Landtagswahl am 06.06.2021

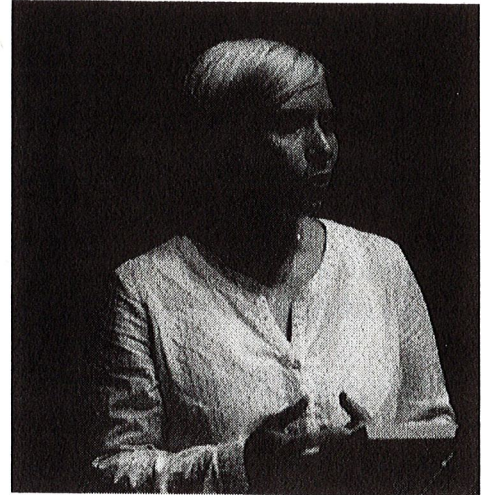
Wahlkreis: **38 und Landesliste**

Vorname, Name: **Janina Böttger**

geboren am: **04.04.1982**

Mitglied DIE  
LINKE **Ja / Nein**

Beruf/ Tätigkeit **Referentin der Landtagsfraktion  
für Beschäftigungs-, Wirtschafts-  
und Europapolitik, sowie  
Digitalisierung**



## Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

Ich kandidiere für den Wahlkreis 38 und für die Landesliste zur Landtagswahl, weil ich zukünftig noch stärker Politik mitgestalten und mich einbringen will, inhaltlich und fachlich, aber auch hier vor Ort in meiner Stadt und meinem Stadtverband. Ich bin 38 Jahre alt, verheiratet und Mutter von 2 Kindern. Ich bin seit 2017 stellvertretende Landesvorsitzende und außerdem Sprecherin der LAG Klima, Umwelt und Natur und im Stadtverband. Die Corona-Pandemie hat uns noch einmal deutlich vor Augen geführt, was wir als LINKE schon lange kritisiert haben. Sie hat Missstände in der Gesellschaft wie in einem Brennglas gezeigt: Armut von Jung und Alt, digitales Abgehängtsein von Schulen und Schüler\*innen, die Folgen des neoliberalen Spardrucks in der Daseinsvorsorge, vor allem im Gesundheitswesen, aber auch der Verwaltung, wie z.B. in den Gesundheitsämtern. Aber diese Missstände kommen nicht von alleine, sondern sind Folgen der Politik der CDU und der Kenia-Koalition in Sachsen-Anhalt. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die Krise nicht alle gleich trifft. Als Mutter von zwei Kindern (10, 6 Jahre) weiß ich selber, wie schwer es war Betreuung, Homeschooling und Arbeit unter einen Hut bekommen zu müssen. Die Schließung von Kitas, Schulen und Spielplätzen, Kurzarbeit oder gar Kündigungen von Mini-Jobs traf allerdings die härter, die eh schon zu kämpfen haben. Unser Stadtverband hat sich in der Krise solidarisch gezeigt, worauf ich stolz bin. Wir haben Geld und Lebensmittel gesammelt und gespendet. Aber eigentlich ist es anzuprangern, dass dies überhaupt nötig war. Es braucht einen Politikwechsel im Land und ich will dafür kämpfen. Sachsen-Anhalt hat mehr verdient als 18 Jahre CDU-geführte Regierung in unterschiedlichen Konstellationen. Ich trete daher ein für eine andere Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Ein anderes Wirtschaften - nachhaltig, sozialer und ökologischer ist möglich und nötig. Wir müssen gerade jetzt im Gleichklang gegen die Beschäftigungs- und Klimakrise vorgehen und die öffentliche Infrastruktur stärken. Das bedeutet auch Fördermittel so auszurichten, dass Unternehmen gut bezahlen und sich klimagerecht modernisieren, um so Arbeitsplätze langfristig zu erhalten. Auf der anderen Seite müssen wir die Digitalisierung besser nutzen. Unter anderem will ich, dass Schüler\*innen, die es brauchen, besser mit digitalen Ressourcen ausgestattet werden als bisher. Kein\*e Schüler\*in darf in Zukunft digital abgehängt sein. Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich und damit Arbeitsumverteilung, ein Vergabemindestlohn von mindestens 12 Euro sind genauso meine Forderungen wie die Abschaffung von ausbeuterischer Leiharbeit und Werksverträgen und die Einführung einer Kindergrundsicherung. Um es mit Erich Kästner zu sagen: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Ich bin jedenfalls bereit, gemeinsam mit Euch das nächste Jahr engagiert zu kämpfen, ob am Wahlkampfstand, beim Stecken oder Plakatieren. Ich freue mich auf viele bunte Aktionsideen und werde so viele Gespräche wie möglich im Wahlkreis suchen. Ich möchte aber auch mein Fachwissen auf Podien und Wahlveranstaltungen einbringen, für ein gutes Ergebnis unserer Partei in Halle und Sachsen-Anhalt.

# Bewerbung als Direktkandidierende\*r in den Wahlkreisen 35 - 38 und/oder als Kandidierende\*r für die Landesliste zur Landtagswahl am 06.06.2021

Wahlkreis: 37 (Halle  
III)

Vorname, Name:  
Philipp Münchow

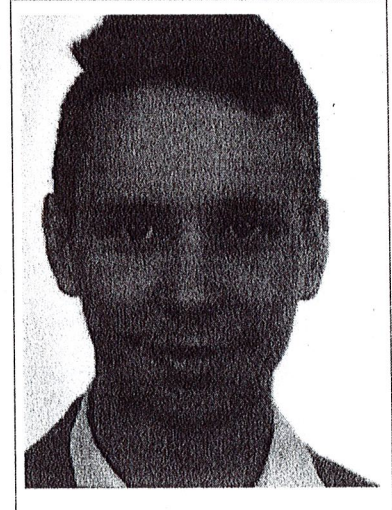
geboren am:  
23.04.1997

Mitglied DIE LINKE

Ja

Beruf/ Tätigkeit

Student Politikwissenschaft/Philosophie



## Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

- geboren am 23. April 1997 in Schwerin
- 2011 Besuch des Jugendcamps Die Linke in Nordwestmecklenburg
- 2013 Eintritt in die Linksjugend
- 2017 Eintritt in Die Linke
- 2017 Abiturabschluss Niklotschule Schwerin
- Oktober 2017 Studium Lehramt Französisch und Biologie für Sekundarstufe I
- 
- Ziele und politische Schwerpunkte:
- Chancengleichheit in der Bildung
- Ausbau der Mediennutzung in Bildungseinrichtungen
- Kostenfreier Nahverkehr für Schüler, Studenten und Auszubildende
- Wohnungsausbau
- Verbesserung des Pflegesystems
- Lohnanpassung Mann und Frau
- Sozialschwache Familien mehr unterstützen

# Bewerbung zur Landtagswahl

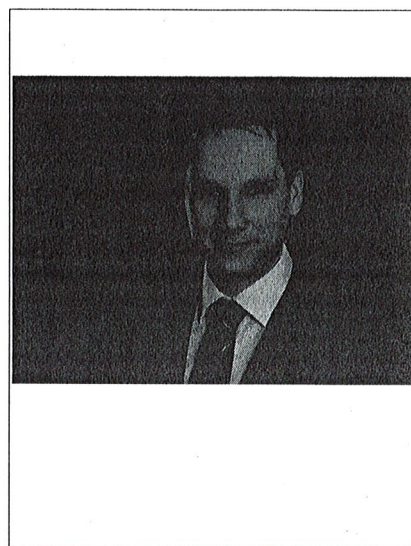
Wahlkreis: Landesliste: gern

Vorname, Name: **Mathias Bothe**

geboren am: **23.10.1984**

Mitglied DIE LINKE **Ja**

Beruf/ Tätigkeit **Sachbearbeiter**



## Kurzvorstellung

Ich bin in Halle geboren, in Angersdorf aufgewachsen und in Halle zur Schule gegangen. Hier habe ich an der Uni Halle ein Diplom in Volkswirtschaft erworben. In der Folge kam ich im Niedriglohn-Sektor unter. Zuerst bei der S-Direkt Marketing GmbH wo ich bereits während des Studiums arbeitete und anschließend beim Krieger-Konzern in Günthersdorf (Translogistik GmbH). Von dort aus wechselte ich dann zur ComTS-Finance in das Kostencontrolling der Commerzbank - wo ich dann das West-Ost-Lohngefälle ganz klar und mit harten Zahlen erleben durfte, da ich Regelmäßig und über Monate von der ComTS nach Frankfurt a.M. geschickt wurde. Anfang letztes Jahr bin ich zum Zollkriminalamt nach Köln gewechselt, wo ich einen Zweitwohnsitz bezogen habe und dadurch noch seltener in meiner Heimat bin. Seit Januar diesen Jahres bin ich Vater einer kleinen Tochter.

### Auszug einiger Themen die mich Beschäftigen:

Ein großes Thema ist die wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts. Seit Jahren belegen viele Regionen Sachsen-Anhalts die schlechtesten Plätze, wenn es um die Zukunftsperspektive geht. Es darf nicht sein, dass nur Callcenter in Sachsen-Anhalt die Perspektiven junger Arbeitssuchender bestimmen!

Vor dem Hintergrund schlechter Perspektiven darf auch ein unfaires Hartz-IV-Regime nicht unberücksichtigt bleiben. Noch immer stellt dieses System, meiner Meinung nach, kein wirksames System dar, welches den Menschen wirklich dazu verhilft ein selbstbestimmtes Leben mit einer Perspektive aufzubauen. Das Resultat ist vielmehr Europas größter Niedriglohnsektor der sich zunehmend auch auf höher qualifizierte Arbeit ausbreitet. Selbst die Bertelsmannstiftung wies nun auf diese traurige Entwicklung hin.

Dringend ist es auch erforderlich für Chancengleichheit zu sorgen. Der Lebenslauf eines Menschen darf nicht schon bei der Geburt programmiert sein. Dies gilt nicht erst seit Corona! Die Soziale Mobilität ist zwar noch nicht auf amerikanischem Niveau, bewegt sich jedoch deutlich darauf zu. Hier muss dringend gegengesteuert werden. Die Aussage, dass es viele Wege zu höheren Abschlüssen gibt, ist keine Begründung hier nicht zu handeln.

# Bewerbung als Direktkandidierende\*r in den Wahlkreisen 35 - 38 und/oder als Kandidierende\*r für die Landesliste zur Landtagswahl am 06.06.2021

Wahlkreis: **Landesliste**

Vorname, Name: **Lukas Wanke**

geboren am: **25.08.92**

Mitglied DIE  
LINKE **Ja**

Beruf/ Tätigkeit **Student**



(Bildrechte: DIE LINKE  
Halle)

Liebe Genoss\*innen,

ich möchte unsere Stadt und unseren Stadtverband 2021 gerne auf der Landesliste zur Landtagswahl vertreten. In den letzten Jahre habe ich die Landespolitik in vielen Facetten kennengelernt: Als einer der Sprecher des Studierendenrates der MLU und als Mitglied unseres Studierendenverbandes SDS habe ich vom Land bessere Studienbedingungen und eine bessere Ausfinanzierung der Hochschulen eingefordert. Als Antifaschist und Mitglied des VVN-BdA habe ich mich über die Tatsache empört, dass Landesinnenministerium und Polizei den Faschist\*innen Platz für Hass, Hetze und Gewalt lassen und Antisemitismus und Rassismus noch immer nicht ernst genug nehmen – oder gleich in ihren Reihen dulden. Als Sprecher des Arbeitskreis Zivilklausel habe ich erlebt, dass Friedenspolitik nur noch in Sonntagsreden eine Rolle spielt. Und als Mitglied unseres Stadtvorstandes habe ich gesehen und kritisiert, wie sehr die Bildungspolitik des CDU-Bildungsministers versagt. Eines konnte ich dabei feststellen: Die Landespolitik muss endlich nach links gedreht werden! Die KENIA-Koalition ist nicht in der Lage, die größten Probleme im Land zu lösen. Sie hat keine Konzepte für die sozial-ökologische Umwälzung, für den grassierenden Faschismus, für die soziale Not in der Corona-Krise.

In meiner außerparlamentarischen Arbeit habe ich gesehen, dass nur die Linksfraktion auf die genannten Probleme überhaupt eingeht und konsequent mit Betroffenen redet. Das hat mich darin bestärkt, diese Arbeit unterstützen zu wollen. Überall im Land warten Menschen, die von der bestehenden Regierung ignoriert werden: Sie leiden unter Armut, sie leiden unter dem erneuten Dürrejahr, sie leiden unter sozialer Vereinsamung oder unter der Tatsache, dass sie als Andersdenkende und angeblich „Fremde“ angegriffen und ausgegrenzt werden sollen. Mit meiner bisherigen politischen Erfahrung möchte ich einen Beitrag gegen diese Verwaltung des Elends leisten. Insbesondere in meiner Arbeit für die Studierendenschaft habe ich erlebt, wie sehr die Bildungs- oder Hochschulpolitik mit anderen Themen zusammenhängt: Denn wenn Menschen, egal ob studierend oder nicht, in eine Krise geraten, stellt sich die Frage nach der sozialen Infrastruktur im Land. Zum Beispiel: Was für Hilfsangebote gibt es? Oftmals viel zu wenige, weil Kommunen finanziell auf dem Trockenen sitzen und Solidarität leider keine Priorität hat. Die Landesregierung sagt einfach: Pech gehabt.

Damit müssen wir 2021 Schluss machen und dabei möchte ich gerne helfen!